

VERTRAG ÜBER INSTANDHALTUNG VIDEOSICHERHEITS- SYSTEM

ECA 2026-009

zwischen

Bundesdruckerei GmbH

Kommandantenstraße 18

10969 Berlin

– nachstehend "**Auftraggeber**" –

und

dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

– nachstehend "**Auftragnehmer**" genannt –

(der Auftraggeber und der Auftragnehmer werden nachfolgend auch als die "**Parteien**"
bezeichnet, einzeln jeweils als "**Partei**")

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgrundlagen	3
§ 2	Vertragsgegenstand	4
§ 3	Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers	5
§ 4	Leistungen auf Abruf - Störungsbeseitigung sowie Kleinaufträge	6
§ 5	Ersatzteilverhaltung	8
§ 6	Abnahme	8
§ 7	Entsorgung	8
§ 8	Beistellungen Mitwirkungshandlungen und sonstige Pflichten des Auftraggebers	9
§ 9	Änderung der Leistungen	9
§ 10	Personal des Auftragnehmers	10
§ 11	Vergütung	12
§ 12	Preisanpassungsklausel	13
§ 13	Fälligkeit der Vergütung	14
§ 14	Koordination und Abstimmung	14
§ 15	Berichte und Dokumentation	15
§ 16	Einräumung von Rechten	16
§ 17	Ausführungszeiten, Vertragsstrafe	16
§ 18	Versicherungen	17
§ 19	Haftung	18
§ 20	Freistellung	18
§ 21	Gewährleistung	19
§ 22	Höhere Gewalt	19
§ 23	Sonstige Pflichten des Auftragnehmers	20
§ 24	Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz	20
§ 25	Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen	21
§ 26	Künstliche Intelligenz	22
§ 27	Exportkontrolle, Zoll und Sanktionen	22
§ 28	Compliance	24
§ 29	Unzulässige Handlungen	25
§ 30	Einhaltung des Mindestlohngesetzes	25
§ 31	Laufzeit und Kündigung	26
§ 32	Schlussbestimmungen	28

Präambel

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Zuschlagserteilung mit der Erbringung von Leistungen nach Maßgabe dieses Vertrages und seiner Anlagen.

§ 1 Vertragsgrundlagen

1.1 Dieser Vertrag besteht aus dem vorliegenden Hauptteil (Vertragstext) und den nachfolgend benannten weiteren Unterlagen:

1.1.1 die weiteren Vergabeunterlagen in der letzten bekanntgemachten Version, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag),
- Verhaltenskodex für Geschäftspartner (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
- Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 3** zu diesem Vertrag),
- Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers (**Anlage 4** zu diesem Vertrag),
 - Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister (**Anlage 4.1** zu diesem Vertrag)
 - Sicherheitsvereinbarung (**Anlage 4.2** zu diesem Vertrag)

1.1.2 die Angebotsunterlagen des Auftragnehmers, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Angebotsschreiben (**Anlage 5** zu diesem Vertrag),
- Preisblatt (**Anlage 6** zu diesem Vertrag),

1.1.3 sofern einschlägig, die Antworten des Auftraggebers auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"Bieterinformation" (**Anlage 7**),

und

1.1.4 die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(zusammen der "**Vertrag**").

1.2 Grundlagen des Vertrags sind des Weiteren alle für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen einschlägigen gesetzlichen, öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften und Richtlinien in der jeweils aktuellen Fassung, einschließlich relevanter Durchführungsverordnungen und -bestimmungen der Berufsgenossenschaft, insbesondere in Bezug auf Arbeitsschutz und technische Ausrüstung der zu erbringenden Leistungen, insbesondere VDI und VDE Richtlinien - in der jeweils aktuellen Fassung. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag).

1.3 Im Falle von Widersprüchen geht der Hauptteil den vorstehend genannten weiteren Unterlagen vor. Die weiteren Unterlagen gelten in der vorstehend genannten Reihenfolge. Allerdings gehen die Antworten des Auftraggebers auf die Bieterfragen den Vergabeunterlagen vor, soweit in den Antworten explizit von konkret benannten Vorgaben der Vergabeunterlagen abgewichen wird.

- 1.4 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn der Auftraggeber deren Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch, wenn auf Korrespondenz Bezug genommen wird, die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers enthält oder auf solche verweist.

§ 2 Vertragsgegenstand

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für den Auftraggeber die in diesem Vertrag und in der Leistungsbeschreibung in **Anlage 1** näher bezeichneten Service-Leistungen der Wartungs- und Störungsbeseitigungsarbeiten samt Ersatzteilverhaltung an den in der Leistungsbeschreibung genannten Anlagen, Einrichtungen und Leistungsorten des Auftraggebers in den Leistungsphasen des Vertrages (Start-up, Regelbetrieb, Leistungen zum Vertragsende zu erbringen ("**Leistungen**"). Mit umfasst sind auch Teile der Anlagen und Einrichtungen des Auftraggebers, die erst nach Abschluss dieses Vertrages ergänzt und/oder ausgetauscht worden sind. Der Auftragnehmer wird die Ausführung seiner Leistungen jederzeit fachmännisch erbringen. Die Einzelheiten der jeweils zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung gemäß der Anlage 1.
- 2.2 In den Leistungen ist alles inbegriffen, was zur vollständigen, ordnungsgemäßen und sachgemäßen Erfüllung des Vertrags notwendig ist, auch wenn dies aus der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich hervorgehen sollte.
- 2.3 Die Leistungen sind so auszuführen, dass die Betriebsbereitschaft und Sicherheit der Anlagen und Einrichtungen des Auftraggebers erhalten bleiben.
- 2.4 Die Übertragung von Leistungen, auch Teilleistungen, an Dritte ("**Unterauftragnehmer**") ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform des Auftraggebers zulässig. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass auch solche Dritte sämtliche für den Auftragnehmer geltenden Voraussetzungen erfüllen. Für die im Vergabeverfahren bereits benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt durch den Einsatz von Unterauftragnehmern unberührt (§ 36 Abs. 2 VgV/§ 9 Abs. 6 VSVG).
- 2.5 Sofern dieser Vertrag keine konkreten Anforderungen festschreibt, haben die Leistungen des Auftragnehmers zu jeder Zeit den allgemein anerkannten Regeln der Technik, den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen – insbesondere den in Ziffer 4.2 der **Anlage 1** genannten Regelungen – und den Vorschriften und Richtlinien von Behörden, Berufsgenossenschaften und Fachverbänden (in ihrer jeweils aktuellen Fassung) – insbesondere der DIN EN 62676-4 – zu entsprechen. Sind im Einzelfall aus Sicht des Auftragnehmers Abweichungen von diesen ergänzenden Anforderungen und Vorschriften notwendig, so muss der Auftragnehmer die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers hierzu einholen. Soweit sich während der Vertragslaufzeit Änderungen der technischen Regelwerke und/oder gesetzlichen Bestimmungen ergeben, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber schriftlich zu unterrichten und mit ihm die weitere Leistungserbringung abzustimmen.
- 2.6 Die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer erfolgt in Abstimmung und in Koordination mit dem Auftraggeber. Bei der Durchführung seiner Tätigkeit ist der Auftragnehmer etwaigen Weisungen des Auftraggebers im Hinblick auf die genaue Art und Weise der Erbringung seiner Leistungen, den Ort der Leistungserbringung ebenso wie die Zeit der Leistungserbringung nicht unterworfen. Der Auftragnehmer wird die Einteilung der Tätigkeitstage und die Zeiteinteilung an diesen Tagen so vornehmen, dass eine optimale Realisierung des Vertragsgegenstandes sichergestellt ist. Die Parteien werden sich jeglicher arbeitsvertraglichen Weisungen insbesondere im Hinblick auf Arbeitszeit, Inhalt und Art der Tätigkeiten, Arbeitsbeginn, -ende und -pausen gegenüber den Mitarbeitern der anderen Partei enthalten. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht und die Personalhoheit verbleiben in vollem Umfang bei der jeweiligen Partei, die Arbeitgeberin ist.

- 2.7 Eine Überlassung oder ein etwaiger Übergang von Mitarbeitern des Auftragnehmers oder eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiters eines Dritten auf Grundlage der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes („AÜG“), ist im Zusammenhang mit dem Abschluss und Durchführung dieses Vertrages grundsätzlich nicht vorgesehen und nach Überzeugung der Vertragspartner werden die Voraussetzungen zur Anwendung des AÜG, insbesondere von § 10 AÜG i.V.m. § 9 AÜG, nicht vorliegen. Die Vertragspartner werden innerhalb ihres jeweiligen Verantwortungsbereiches alle zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um eine Arbeitnehmerüberlassung gemäß AÜG sowie einen Übergang nach § 10 AÜG zu vermeiden. Sollte es dennoch zu einem gegenüber dem Auftraggeber rechtskräftig festgestellten Mitarbeiterübergang nach den Regeln des AÜG, insbesondere nach §§ 9, 10 AÜG, eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiters kommen, wird der bisher arbeitgebende bzw. den Mitarbeiter einsetzende Auftragnehmer den Auftraggeber von hierdurch entstehenden Kosten und Schäden freistellen. Dies umfasst den Ersatz der aufgrund des Übergangs anfallenden Lohn- und Sozialversicherungskosten bis zum jeweils frühestmöglichen ordentlichen Kündigungstermin, inklusive ggf. einer Abfindungszahlung, die auf Grundlage von § 1a II KSchG bestimmt werden soll.

§ 3 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers

- 3.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen in erforderlichem Umfang an den vorgesehenen Leistungsorten und zu den vereinbarten Zeiten zu erbringen. Die Leistungen haben dabei den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten Vorgaben und (technischen und rechtlichen Spezifikationen und Anforderungen jederzeit zu entsprechen).
- 3.2 Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach Maßgabe der Vertragsbestandteile mit allen erforderlichen Wartungs- und sonstigen nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen, die benötigt werden, um die technischen Anlagen an den vertragsgegenständlichen Leistungsorten mangelfrei und funktionstüchtig zu halten oder deren Funktionsfähigkeit wiederherzustellen. Maßgeblich ist die Herbeiführung der gewünschten Funktion.
- 3.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Interessen des Auftraggebers umfassend zu beachten und wahrzunehmen.

Die Leistungen umfassen folgende Projektstufen:

Stufe 1: Leistungen der Start-Up-Phase

Stufe 2: Leistungen des Regelbetriebes

(nachfolgend "**Projektstufen**").

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit den Leistungen der Projektstufen 1 bis 3 des oben genannten Leistungsumfanges.

- 3.4 Die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen haben in den genannten Projektstufen die nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung gemäß der **Anlage 1** erforderlichen Arbeitsschritte, Tätigkeiten und Ergebnisse zu umfassen.
- 3.5 An den Auftragnehmer werden alle delegierbaren Pflichten aus der Betreiberverantwortung im Sinne der GEFMA 190, VDI-Richtlinie 3810, die in Zusammenhang mit den bei ihm beauftragten Leistungsumfängen stehen, übertragen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unmittelbar auf etwaige Verstöße gegen Bau- und Ausführungsvorschriften hinzuweisen und geeignete Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen.

- 3.6 Die Leistungen sind durch dem Vertragszweck entsprechend qualifizierten, regelmäßig geschulten und zuverlässigen Mitarbeitenden auszuführen. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und § 10 dieses Vertrages. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das Personal unverzüglich nach Zuschlagserteilung mit der Leistungserbringung der Start-Up Phase beginnen kann.
- 3.7 Die Ausstattung seiner Mitarbeiter mit geeigneten Arbeitsmitteln, einschließlich Werkzeugen und Infrastruktur liegt in der Verantwortung des Auftragnehmers. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 3.8 Der Auftragnehmer verfügt über die in diesem Vertrag, insbesondere in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**), aufgeführten Genehmigungen, Qualifizierungen, Zertifizierungen. Er wird diese für die gesamte Vertragslaufzeit beibehalten und aufrechterhalten und alle diesbezüglichen Anforderungen und Pflichten erfüllen. Auf Aufforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber den Fortbestand unverzüglich in geeigneter Weise nachweisen.

Soweit für die Leistungserbringung weitere öffentlich-rechtliche Genehmigungen sowie Zustimmungserklärungen Dritter oder des Auftraggebers erforderlich sind, wird der Auftragnehmer diese rechtzeitig auf eigene Kosten einholen. Schäden, die sich aus einer nicht oder verzögerten Erbringung dieser Verpflichtung ergeben, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zu ersetzen.

- 3.9 Der Auftragnehmer hat insbesondere während der gesamten Vertragslaufzeit über eine gültige Zertifizierung nach ISO 27001 zu verfügen und diese aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer weist dies dem Auftraggeber auf Verlangen durch Vorlage eines gültigen Zertifikats nach. Der Wegfall, die Aussetzung oder die Nichtverlängerung der Zertifizierung ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Erfolgt innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist kein Nachweis der Wiederherstellung, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 4 Leistungen auf Abruf - Störungsbeseitigung sowie Kleinaufträge

- 4.1. Die Wartungsleistung ist vom Auftragnehmer gemäß dem mit dem Auftraggeber abgestimmten Prüfplan zu erbringen und hat unter Einhaltung der gemäß der **Anlage 1** erforderlichen Anforderungen zu erfolgen. Fällige Inspektionen und Wartungen kündigt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eigenverantwortlich an und stimmt die jeweiligen Termine mit dem Auftraggeber ab.
- 4.2. Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen innerhalb der vereinbarten Reaktionszeiten und stellt die jeweils vereinbarte Verfügbarkeit der Geräte und/oder Anlagen des Auftraggebers sicher.
- 4.3. Störungsbeseitigung
 - 4.3.1. Im Falle von Betriebsstörungen, Schäden oder Defekten übernimmt der Auftragnehmer die in **Anlage 1** bezeichneten Leistungen der Reparatur und die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft und beseitigt diese nach entsprechender telefonischer oder schriftlicher Anzeige des Auftraggebers innerhalb der vereinbarten Fristen (Reaktionszeiten und Verfügbarkeiten). Für die Meldung von Störungen und den technischen Support stellt der Auftragnehmer eine telefonische Hotline gemäß den Anforderungen der **Anlage 1** zur Verfügung. Die Leistungen zur Störungsbeseitigung sind durch den Auftragnehmer auf Abruf zu erbringen.

4.3.2. Jeder Abruf erfolgt per E-Mail oder telefonisch über eine Einzelbestellung mit Bezug auf eine Rahmenbestellung des Auftraggebers. Dabei sind konkret aufzuführen:

- Die Rahmenbestellnummer
- die auszuführende Leistung,
- der konkrete Einsatzort,
- die Einsatzzeit sowie
- Ansprechpartner, samt dazugehöriger Telefonnummer und E-Mail-Adresse, sofern dieser von § 14 dieses Vertrages abweicht.

4.3.3. Der Auftragnehmer bestätigt, über ausreichende Kapazitäten zu verfügen, um die Leistungen zur Störungsbeseitigung vertragsgemäß erbringen zu können.

4.3.4. Steht die Bestellung im Einklang mit den Anforderungen dieses Vertrages, so ist der Auftragnehmer zur Bestätigung der Bestellung verpflichtet. Mit Eingang der Bestätigung bei dem Auftraggeber kommt ein Einzelvertrag nach Maßgabe der Regelungen dieses Vertrages über die jeweils zu erbringende Leistung zu Stande.

4.4. Kleinaufträge

4.4.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) gemäß Ziffer 6.5 aufgeführten Leistungen beim Auftragnehmer anzufordern. Eine gesonderte Angebotslegung ist hierfür nicht erforderlich; die Durchführung ist vorab mit dem Auftraggeber abzustimmen. Der Auftragnehmer bestätigt, über ausreichende Kapazitäten zu verfügen, um die Leistungen vertragsgemäß erbringen zu können.

4.4.2. Die Vergütung erfolgt nach Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) auf Basis des Preisblatts (**Anlage 6**). Erforderliche Materialkosten können entsprechend des Preisblatts gegen Einzelnachweis gesondert abgerechnet werden.

4.4.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, mit der Ausführung des Kleinauftrags spätestens innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang der Beauftragung zu beginnen, sofern im Einzelfall keine abweichende Vereinbarung in Textform getroffen wird.

4.4.4. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Kleinaufträge aus diesem Vertrag abzurufen (keine Mindestabnahmeverpflichtung) und behält sich vor, Kleinaufträge auch an andere Unternehmen als den Auftragnehmer unter Einhaltung der vergaberechtlichen Vorschriften zu vergeben.

4.5. Die Bedingungen dieses Vertrages gelten entsprechend für alle Abrufe des Auftraggebers über Leistungen. Dies gilt auch dann, wenn im Einzelfall nicht eigens auf diesen Vertrag Bezug genommen wird.

4.6. Sofern kleinere, erforderliche Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten im Materialwert bis zu 500 EUR im Rahmen der Wartungsarbeiten festgestellt werden, führt der Auftragnehmer diese unaufgefordert im Rahmen der Störungsbeseitigung durch. Er ist jedoch verpflichtet den Auftraggeber hierüber in Kenntnis zu setzen und das jeweilige Ersatzteil zum Einzelnachweis abzurechnen. Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen, deren Materialwert 500 EUR

überschreitet, dürfen nur nach vorheriger Absprache mit dem Auftraggeber durchgeführt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, die Leistung durch einen anderen Dienstleister erbringen zu lassen.

Der Auftragnehmer darf dabei nur Originalersatzteile oder gleichwertige Teile verwenden. Die fristgerechte Beschaffung sämtlicher Ersatzteile, Verbrauchs- und Verschleißmaterialien sowie die sachgerechte Lagerung und der Einsatz obliegen dem Auftragnehmer.

§ 5 Ersatzteilverhaltung

Der Auftragnehmer ist zur Vorhaltung von Ersatzteilen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung der **Anlage 1** verpflichtet. Die Lieferung hat auf entsprechenden Abruf durch den Auftraggeber zu erfolgen. Die Ausführungen unter Ziffer 6.6 der Leistungsbeschreibung der **Anlage 1** gelten entsprechend.

§ 6 Abnahme

- 6.1. Nach erfolgreichem Abschluss der Leistungen oder abtrennbarer Teile der Leistungen wird der Auftraggeber die Leistungen binnen angemessener Zeit einer Abnahmeprüfung unterziehen, hierüber erstellen die Vertragspartner ein Abnahmeprotokoll. Ist in einzelnen Fällen eine Abnahme nicht erforderlich, so teilt der Auftraggeber dies dem Auftragnehmer mit. Eine fiktive Abnahme, auch durch Ingebrauchnahme oder durch Ingebrauchnahme von Teilleistungen, ist ausgeschlossen.
- 6.2. Für bei der Abnahme festgestellte Mängel kommen die in diesem Vertrag vereinbarten Regeln der Gewährleistung (§ 21) zur Anwendung und es ist nach erfolgreicher Nachbesserung oder Ersatzlieferung eine erneute Abnahme durchzuführen. Schlägt die Abnahme ein zweites Mal fehl, kann der Auftraggeber nach eigener Wahl den Auftragnehmer nochmals zur vertragsgemäßen Herstellung des Liefergegenstandes auffordern oder die ihr gesetzlich zustehenden Rechte geltend machen, insbesondere bei Vorliegen der hierfür geltenden Voraussetzungen vom Vertrag zurücktreten sowie Schadensersatz verlangen. Diese Regelung gilt für weitere Abnahmeversuche entsprechend.

§ 7 Entsorgung

- 7.1. Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner Tätigkeiten für die Entsorgung von Abfällen, die im Zusammenhang mit seiner Leistung stehen, unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und im Einklang mit den anwendbaren Vorschriften, mitzuwirken. Dies beinhaltet das Einsammeln, Sortieren, Befördern, Behandeln, ggf. Zwischenlagern und Zuführen bzw. die Übergabe an das Abfallentsorgungssystem des Auftraggebers. Handelt es sich bei den Abfällen um Gefahrgüter, muss deren Beförderung und Entsorgung unter Einhaltung der jeweils geltenden Gefahrgutvorschriften erfolgen.
- 7.2. Abfälle, die der Auftragnehmer nicht an das Abfallentsorgungssystem des Auftraggebers übergibt, gehen mit deren Übernahme durch den Auftragnehmer in dessen Eigentum über.

Zugleich gehen die Gefahr und Verkehrssicherungspflicht sowie die öffentlich-rechtliche Verantwortung für die Entsorgung der Abfälle und die Einhaltung der sonstigen abfallrechtlichen Pflichten auf den Auftragnehmer über. Die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle ist dem Auftraggeber auf deren Verlangen durch die Vorlage entsprechender Entsorgungsbelege nachzuweisen. Die Entsorgungsbelege müssen den einschlägigen rechtlichen und behördlichen Anforderungen genügen.

§ 8 Beistellungen Mitwirkungshandlungen und sonstige Pflichten des Auftraggebers

- 8.1. Die Eigenleistungen des Auftraggebers bzw. die Leistungen der von ihm beauftragten externen Dienstleister ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**). Mit diesen Dienstleistern hat der Auftragnehmer vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.
- 8.2. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer sämtliche Daten und Informationen zur Leistungserbringung während der Laufzeit dieses Vertrages im Wege eines kostenlosen, nicht ausschließlichen sowie nicht übertragbaren, nicht unterlizenzierbaren und widerruflichen Nutzungsrechts zur Verfügung, soweit dies für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag erforderlich ist.
- 8.3. Der Auftraggeber wird den Mitarbeitern des Auftragnehmers während der eigenen Geschäftszeiten im erforderlichen Umfang den Zutritt zu ihren Geschäftsräumen und zu den technischen Anlagen ermöglichen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn er wegen fehlenden Zugangs an der ordnungsgemäßen Erbringung seiner Leistungen aus diesem Vertrag gehindert ist.
- 8.4. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer im Rahmen des ihm rechtlich möglichen und zumutbaren bei der Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben unterstützen.
- 8.5. Der Auftragnehmer wird die zur Verfügung gestellten Informationen anhand geeigneter Methoden und Techniken auf Plausibilität hin überprüfen, den Auftraggeber im Falle von Widersprüchen, Unklarheiten, Lücken und sonstigen im Rahmen der Leistungen relevanten Zweifelsfällen unverzüglich unterrichten und im Einvernehmen mit dem Auftraggeber geeignete Schritte zur Aufklärung und Abhilfe unternehmen. Gegebenenfalls wird er schon erbrachte Leistungen aktualisieren oder überarbeiten.
- 8.6. Soweit gesondert vereinbart, stellt der Auftraggeber Installationsmaterial oder sonstige Materialien zur Verfügung. Dies wird gesondert im Abruf der Leistung erwähnt. Bei zusätzlichem Bedarf wird der Auftragnehmer zu marktüblichen Preisen Material beschaffen und dies dem Auftraggeber mit dem seinem ursprünglichen Angebot zugrundeliegenden Kalkulationssatz in Rechnung stellen.
- 8.7. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die zur Leistungserbringung des Auftragnehmers notwendigen Energien (Strom, Wasser, Wärme, etc.) kostenfrei bereitstellen.
- 8.8. Der Auftraggeber wird für benanntes Mitarbeiterteam des Auftragnehmers eine Einweisung zum Umgang mit dem PALEDO-System, Ausfüllanleitungen und Handhabung nach Maßgabe der **Anlage 1** kostenlos organisieren und durchführen. Die Einweisung wird einmal jährlich vor Beginn der Wartungsarbeiten angeboten und ist verpflichtend. Der Aufwand für die Teilnahme an der Einweisung wird dem Auftragnehmer nicht erstattet.

§ 9 Änderung der Leistungen

- 9.1. Der Auftraggeber kann im Rahmen der Zumutbarkeit und soweit nach § 132 GWB vergaberechtlich zulässig, Änderungen der Leistungen, insbesondere der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1**, und sonstiger Regelungen dieses Vertrages, verlangen. Die Parteien vereinbaren für alle Änderungen die Anwendung des Änderungsverfahrens nach diesem Paragraphen. Auch der Auftragnehmer kann Änderungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag vorschlagen.
- 9.2. Der Änderungsantrag muss mindestens in Textform, z.B. per E-Mail, erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um der jeweiligen anderen Partei die Möglichkeit zu geben, den Änderungsantrag zu bewerten.

- 9.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Änderungsantrag des Auftraggebers innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu bearbeiten und eine Antwort/ein Nachtragsangebot zur Umsetzung der Änderung zu unterbreiten. Bei einem umfangreichen Änderungsverlangen kann diese Frist einvernehmlich von den Parteien verlängert werden. Die Ablehnung von Änderungsanträgen des Auftraggebers ist nur aus wichtigem Grund zulässig.
- 9.4. Führt die Umsetzung des Änderungswunsches zu einem nachvollziehbaren Mehraufwand beim Auftragnehmer, ist dieser verpflichtet, die entsprechenden Mehrkosten durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen sowie in einem verbindlichen Angebot zur Umsetzung der gewünschten Änderungen darzulegen. In Betracht kommen nur Mehrkosten, die zur Erbringung der Leistungen des Auftragnehmers erforderlich sind. Einigen sich die Parteien über eine Anpassung der Vergütung bzw. Umlage der Mehrkosten nicht, so gelten die bisher vereinbarten Preise fort.
- 9.5. Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Parteien in Textform. Können sich die Parteien nicht über den Änderungsantrag einigen, gilt der Vertrag unverändert fort. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens wird kein Entgelt erhoben.
- 9.6. Sollten aus Sicht des Auftragnehmers, etwa aufgrund gewonnener Erkenntnisse, Änderungen der Leistungen erforderlich oder zu empfehlen sein, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform informieren und die aus seiner Sicht bestehenden inhaltlichen, zeitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen mitteilen. Etwaige Anpassungen werden dann nach Maßgabe dieses Paragraphens vereinbart.

§ 10 Personal des Auftragnehmers

- 10.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich Mitarbeiter für die vorgesehene Leistung einzusetzen, welche den Anforderungsprofilen gemäß der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genügen und in der Lage sind, die beschriebenen Aufgaben und Tätigkeiten auf Grundlage der entsprechenden Qualifikation und Berufserfahrung zu bewältigen. Der Auftragnehmer stellt dabei sicher (Stellung von Ersatzkräften und/oder Anordnung von Überstunden), dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungen nicht beeinträchtigt werden.
- 10.2. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das durch ihn eingesetzte Personal jederzeit ein einwandfreies Bild des Unternehmens des Auftraggebers gewährleistet. Er wird geeignetes Personal stets in ausreichendem Maß zur Verfügung halten. Soweit zur Leistungserbringung besondere fachliche Zulassungen und/oder öffentlich-rechtliche Erlaubnisse erforderlich sind, steht der Auftragnehmer dafür ein, dass er und das Personal im Besitz solcher Zulassungen/Erlaubnisse sind.
- 10.3. Der Auftragnehmer hat vor der Leistungsaufnahme für die Durchführung aller vertragsgegenständlichen Leistungen ein festes Arbeiterteam zu bestimmen und vor der Leistungsaufnahme bei dem Auftraggeber eine Personalliste nach Maßgabe der Ziffer 4.8.5 der Anlage 1 einzureichen. Die Personalliste hat alle Personen (auch Subunternehmer und deren Mitarbeiter) aufzuführen, die zur Vertragserfüllung eingesetzt bzw. zur Verfügung gehalten werden sollen (nachfolgend "Personalliste"). Bei Veränderungen ist diese unverzüglich zu ergänzen sowie zu vervollständigen und dem Auftraggeber unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
- 10.4. Der Auftragnehmer trägt Sorge dafür, dass das eingesetzte Personal betreffend seines Aufgabenbereichs und seiner Ortskenntnisse ausreichend geschult ist und eingewiesen wurde.

- 10.5. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer alle entsprechenden Nachweise vorzulegen. Insbesondere hat er die unter Ziffer 4.8.2 der Leistungsbeschreibung aufgeführten Nachweise (Qualifikation, ärztliche Atteste) vorzulegen. Sollten die genannten Nachweise zu Vertragsbeginn nicht vollständig vorliegen, hat der Auftragnehmer während der Start-Up Phase Zeit diese Nachweise einzuholen und dem AG vorzulegen. Spätestens mit Beginn des Regelbetriebs am 15.01.2027 müssen die Nachweise vollständig vorliegen, um die Arbeitsfähigkeit des Auftragnehmers sicherzustellen. Werden die Nachweise nicht fristgerecht erbracht, ist der Auftraggeber im Sinne dieser Ziffer berechtigt, den Einsatz entsprechenden Personals zu untersagen. Ein Vergütungsanspruch für dadurch nicht erbrachte Leistungen besteht nicht. Nach angemessener Nachfrist kann der Auftraggeber Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers durch Dritte erbringen oder den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen.
- 10.6. Als Ansprechpartner für den Auftraggeber ist seitens des Auftragnehmers ein zentraler Objektleiter inkl. Stellvertreter einzusetzen (nachfolgend "**Objektleiter**"). Der Objektleiter ist für die Durchführung der Leistungen im Rahmen dieses Vertrages einschließlich Mängelmanagement, Qualitätssicherung und Koordination der Schnittstellen zu anderen Leistungsbereichen verantwortlich und steht als Ansprechpartner für den Auftraggeber zur Verfügung.
- 10.7. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Objektleiter und seine Stellvertretung zumindest die unter Ziffer 4.8.3 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Qualifikationen nachweisen kann.
- 10.8. Der Auftragnehmer hat sicher zu stellen, dass der Objektleiter die Weisungsbefugnis über die Mitarbeiter des Auftragnehmers sowie etwaige Nachunternehmer innehat. Die Mitarbeiter des Auftraggebers sind gegenüber dem Objektleiter des Auftragnehmers weisungsbefugt.
- 10.9. Der Objektleiter ist auch für die Erteilung und Entgegennahme von außerplanmäßigen Aufträgen während der Laufzeit dieses Vertrages verantwortlich und wird im Rahmen seiner vertraglich zu erbringenden Leistungen interne Aufträge erteilen bzw. entgegennehmen.
- 10.10. Der Auftragnehmer wird die eingesetzten Personen während der Laufzeit des Vertrages nicht ohne sachlichen Grund und nur unter Berücksichtigung der Vorgaben der Leistungsbeschreibung austauschen.
- 10.11. Es ist zwingend erforderlich, dass die eingesetzten Mitarbeiter der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind (Niveau innerhalb des europäischen Referenzrahmens: C2 oder vergleichbar).
- 10.12. Soweit sich ein Mitarbeiter des Auftragnehmers im Zuge der konkreten Auftragsausführung als fachlich nicht geeignet oder nicht genügend qualifiziert erweist oder andere Gründe vorliegen, die eine angemessene und/oder sachgerechte Auftragsausführung behindern, steht dem Auftraggeber das Recht zu, einen Austausch des entsprechenden Mitarbeiters zu verlangen. Ein Austausch hat dann innerhalb von zehn (10) Werktagen zu erfolgen.
- 10.13. Sollte das eingesetzte Personal aus nicht vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen ausfallen, hat der Auftragnehmer den oder die betreffenden Mitarbeiter binnen einem (1) Werktagen ab dem Ausfallzeitpunkt zu ersetzen, um einer Gefährdung des Auftrags entgegenzuwirken.
- 10.14. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass nach jedem Personalwechsel der neue Mitarbeiter (einschließlich Objektleitung und Stellvertretung) mindestens die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Qualifikationen und Erfahrungen nachweisen kann. Über den Wechsel eines Mitarbeiters hat der Auftragnehmer den Auftraggeber vorab zu informieren. Der Auftraggeber kann dem Wechsel aus wichtigen Gründen widersprechen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die

Qualifikation oder Erfahrung des ersetzenden Mitarbeiters nicht mit der Qualifikation oder Erfahrung des zu ersetzenden Mitarbeiters vergleichbar ist.

- 10.15. Der Auftraggeber ist zudem berechtigt, einzelne Mitarbeiter des Auftragnehmers von der Leistungserbringung dauerhaft auszuschließen, wenn diese (i) den vorgenannten Anforderungen aufgrund von nachweislich festgestellten wiederholten Verstößen nicht mehr entsprechen und/oder (ii) die vertragsgemäße Leistungserbringung verhaltensbedingt behindern oder erschweren und trotz entsprechender Abmahnung gegenüber dem Auftragnehmer keine Verbesserung eintritt. Der Auftragnehmer hat für die von der Leistungserbringung ausgeschlossenen Mitarbeiter qualifizierten Ersatz sicherzustellen, der mindestens die der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Qualifikationen und Erfahrungen nachweisen kann. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer.

§ 11 Vergütung

- 11.1. Der Auftragnehmer erhält für seine nach diesem Vertrag erbrachten Leistungen ein Entgelt auf Basis des Preisblatts (**Anlage 6**). Bei einer Vergütung nach Stunden- oder Tagessätzen erfolgt die Vergütung ausschließlich auf Grundlage der von dem Auftragnehmer tatsächlich erbrachten und nachgewiesenen Leistung.
- 11.2. Für seine Leistungen in der Start-up-Phase enthält der Auftragnehmer jeweils eine einmalige Pauschalvergütung gemäß der diesem Vertrag als **Anlage 6** beigefügten Preisblatts („**Einmalkosten Start-up**“) beigefügten. Der Auftragnehmer hat die einmaligen Pauschalvergütungen jeweils in einer Rechnung auszuweisen.
- 11.3. Für seine Leistungen im Regelbetrieb für die Objektleitung und Wartungen/Inspektionen/Prüfungen sowie für die für Einsätze zur Störungsbehebung im Rahmen der vereinbarten Mindestpräsenzzeiten stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Monatspreise gemäß des Preisblatts (**Anlage 6** zu diesem Vertrag) in Rechnung („**Monatspreise**“). Wenn der Regelbetrieb im Laufe des Kalendermonats beginnt oder endet hat der Auftragnehmer nur Anspruch auf die zeitanteilige Vergütung. Der Auftragnehmer hat die Monatspreise in einer Quartalsrechnung („**Quartalsrechnung**“) auszuweisen. Die Quartalsrechnung wird jeweils am letzten Werktag eines Kalenderquartals gestellt.
- 11.4. Wird die vereinbarte Besetzung mit drei Technikern gemäß Ziffer 6 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) während der Betriebszeit des Auftraggebers unterschritten, reduziert sich die Vergütung anteilig entsprechend der Dauer der Unterschreitung auf Grundlage der im Preisblatt (**Anlage 6**) ausgewiesenen Monatspreise je Techniker. Der Auftraggeber ist berechtigt, die entsprechenden Beträge unmittelbar von der jeweils nächsten Rechnung in Abzug zu bringen.
- 11.5. Einsätze zur Störungsbehebung außerhalb des Zeitfensters „S“ (vgl. Preisblatts – **Anlage 6** zu diesem Vertrag) und Leistungen auf Abruf gemäß § 4 dieses Vertrages sind nicht in den jeweiligen Monatspreisen enthalten. Die Abrechnung der von dem Auftraggeber bedarfsweise angeforderten Leistungen erfolgt aufwandbezogen auf Basis der Stundenverrechnungssätze gemäß den Positionen 4.4, 4.5 und 4.6 des Preisblatts (**Anlage 6**). Bei Abrechnung der Stundenpauschalen sind die Namen und Qualifikationen der Mitarbeiter sowie die Leistungsinhalte und die Einsatzzeit jeweils anzugeben und nachzuweisen. Für die Bereitstellung einer 24/7 Rufbereitschaft erhält der Auftragnehmer eine monatliche Pauschale gemäß der Position 4.3 des Preisblatts (**Anlage 6**). Der Nachzuschlag gemäß Position 4.6 des Preisblattes fällt für Leistungen an, die im Zeitraum von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr erbracht werden.
- 11.6. Für das Ersatzteilmanagement erhält der Auftragnehmer eine monatliche Pauschale gemäß Position 5 des Preisblatts (**Anlage 6**).

- 11.7. Zu den Preisen tritt die ggf. anfallende Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe hinzu.
- 11.8. Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EstG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.
- 11.9. Mit Zahlung der Vergütung nach diesem Paragraphen sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen (in allen Leistungsphasen) nach diesem Vertrag einschließlich etwaiger Nebenleistungen sowie sonstige Nebenkosten und Reisekosten abgegolten.

§ 12 Preisanpassungsklausel

- 12.1. Der Auftragnehmer kann erstmals zwei Jahre nach Zuschlagserteilung und danach jeweils einmal jährlich eine Anpassung der Vergütung vom Auftraggeber verlangen. Die Anpassung erfolgt ausschließlich in Form einer prozentualen Änderung der vertraglich vereinbarten Stunden- bzw. Monatsverrechnungssätze für die Vor-Ort-Techniker und die Objektleitung (Position 2 des Preisblatts). Im Übrigen sind alle angebotenen Preise und Zuschläge Festpreise für die Vertragslaufzeit einschließlich der zwei möglichen Vertragsverlängerungen.

Die Höhe der Anpassung darf die zwischenzeitliche prozentuale Entwicklung der maßgeblichen Lohnkosten nicht überschreiten.

Für Auftragnehmer, die an einen Tarifvertrag gebunden sind, ist die Entwicklung der einschlägigen tariflichen Entgelte maßgeblich. Die Tarifbindung sowie die entsprechende Tarifentwicklung sind vom Auftragnehmer nachvollziehbar nachzuweisen.

Für Auftragnehmer ohne nachgewiesene Tarifbindung erfolgt die Anpassung auf Grundlage des Index der Tarifverdienste im Dienstleistungsbereich des Statistisches Bundesamt.

Eine Anpassung kann nur verlangt werden, wenn sich der maßgebliche Referenzwert um mehr als 2 % verändert hat (Schwellenwert). Die Anpassung ist je Anpassungszeitpunkt auf maximal 4 % begrenzt.

- 12.2. Ein Preisanpassungsverlangen hat mindestens in Textform und mindestens zwei Monate vor der beabsichtigten Anpassung der Preise zu erfolgen. Das Preisanpassungsverlangen ist vom Auftragnehmer unter Übersendung entsprechender Nachweise der Erhöhung (Tarifverträge und der dazugehörigen Entgelttabellen) detailliert zu begründen.
- 12.3. Der Auftraggeber ist dazu verpflichtet, einem Lohnkostenanpassungsverlangen nach Ziffer 12.1 zuzustimmen, wenn der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber die Kostensteigerung durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachweist, die eine Nachprüfung der Kostensteigerung und ihre Auswirkungen auf die Preise ermöglichen.
- 12.4. Sind die Voraussetzungen für eine Lohnkostenanpassung nach Ziffer 12.1 und 12.2 erfüllt, ist die veränderte Vergütung frühestens ab dem Ersten des Monats zu zahlen, in dem die zugrunde liegende Veränderung wirksam wird. Wirksam wird die Veränderung der Vergütung ab dem auf die berechnete schriftliche Mitteilung der Änderung folgenden Monatsersten. Eine Veränderung der Vergütung kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden, es sei denn die tarifliche Lohnsteigerung gilt rückwirkend.

§ 13 Fälligkeit der Vergütung

13.1. Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer des Auftraggebers und muss alles Erforderliche für eine Rechnungsprüfung enthalten, insbesondere einen nachvollziehbaren Leistungsnachweis bei einer Abrechnung aufgrund von Stunden- oder Tagessätzen. Rechnungen sind nach ordnungsgemäßer Leistungserbringung binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei dem Auftraggeber zur Zahlung fällig. Sollte die Leistungserbringung erst nach Rechnungseingang erfolgen, beginnt diese Frist mit Leistungserbringung.

13.2. Rechnungen sind zu stellen an:

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg
Ust.-IDNr.: DE 812746617

Für die Übermittlung der Rechnungen an die sekundären Auftraggeber, die den Auftragnehmer selbstständig beauftragen, gilt das Vorbezeichnete entsprechend. Der beauftragende sekundäre Auftraggeber wird dem Auftragnehmer mit der Beauftragung die vorbezeichneten Informationen für die Rechnungsstellung zur Verfügung stellen.

13.3. Der Auftraggeber ist seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.

13.4. Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: eingangsrechnung@bdr.de.

13.5. Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

§ 14 Koordination und Abstimmung

14.1. Die Parteien werden die vertragsgegenständlichen Leistungen in laufender enger Abstimmung durchführen und sich regelmäßig über den Fortgang der Leistungen austauschen. Die zur erfolgreichen Durchführung erforderlichen Informationen stellen sich die Parteien (soweit vorhanden) jeweils zeitnah wechselseitig zur Verfügung. Auf Anforderung des Auftraggebers erstellt der Auftragnehmer jeweils aktuelle Zwischenberichte.

14.2. Der Auftragnehmer übernimmt die Gesamtkoordination der Leistungen und trägt die Verantwortung dafür, dass die Leistungen termingerecht vollendet werden.

14.3. Für die Steuerung und Koordination benennt der Auftragnehmer in seinem Angebot bzw. nach Zuschlagserteilungen einen Ansprechpartner, der für alle Fragen des Auftraggebers im Rahmen der Vertragsdurchführung auftritt und auch an den jeweiligen Projektbesprechungen bei dem Auftraggeber teilnimmt.

14.4. Für den Auftraggeber werden als Ansprechpartner benannt:

für die fachliche Betreuung:

Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Zuschlagerteilung mitgeteilt.

für die kaufmännische Betreuung:

Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Zuschlagerteilung mitgeteilt.

14.5. Die Beauftragten des Auftraggebers werden nach Zuschlagserteilung mitgeteilt. Sie sind nicht berechtigt, vertragsändernde Absprachen zu treffen.

§ 15 Berichte und Dokumentation

15.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet alle durch ihn vorgenommenen Leistungen vollständig zu dokumentieren und die jeweiligen Berichte bzw. Dokumente an den Auftraggeber zu übergeben. Die Dokumentation hat insbesondere die durchgeführten Arbeiten, alle Ergebnisse und Erkenntnisse in angemessener Detaillierung sowie besondere Vorkommnisse zu beinhalten. Die Einzelheiten der Anforderungen an die Dokumentation ergeben sich aus der Anlage 1. Der Auftraggeber ist berechtigt während der Vertragslaufzeit die Anforderungen zur Dokumentation zu ändern.

15.2. Der Auftragnehmer führt eine digitale und strukturierte Dokumentation seiner Leistungen in dem von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten System "PALEDO" (PAperLEssDOcumentation) gemäß Ziffer 4.6.2 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1). Die Parteien werden im ersten Vertragsjahr die erforderlichen Abstimmungen zur Prozessen und Inhalten gemeinsam durchführen. Nach Abschluss der Start-Up-Phase wird der Auftragnehmer sämtliche Protokolle an den Auftraggeber in der Art übergeben, dass sie zur Verwendung und Digitalisierung durch den Auftraggeber in PALEDO überführt werden können. Dies entbindet den Auftragnehmer nicht von der umfassenden Dokumentation seiner Tätigkeiten.

Darüber hinaus ist der Auftragnehmer gemäß Ziffer 4.6.3 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) zur tagesaktuellen Dokumentation seiner Arbeiten im JIRA-Ticketsystem verpflichtet. Der Auftragnehmer ist auch dazu verpflichtet, sich über das Ticketsystem transparent mit dem jeweiligen Ansprechpartner des Auftraggebers und anderen Beteiligten zur Erfüllung des jeweiligen konkreten Arbeitsauftrages abzustimmen. Weitere Angaben hierzu ergeben sich aus Ziffer 4.6.3 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).

15.3. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Führung der Reporting-Dokumentation hat stets den aktuellen Projektstand widerzuspiegeln und zumindest die unter Ziffer 4.6 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) genannten Dokumente und Daten zu umfassen.

15.4. Inspektions-, Prüf- und Wartungsprotokolle sind binnen 2 Wochen nach Durchführung der jeweiligen Tätigkeit dem Auftraggeber zu übergeben.

15.5. Dem Auftragnehmer obliegt die Dokumentation seiner selbst erbrachten Leistungen. Zur Erfüllung seiner Dokumentationspflichten hat der Auftragnehmer „PALEDO“ sowie das JIRA-Ticketsystem zu nutzen. Weitere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus Ziffer 4.6.1 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).

§ 16 Einräumung von Rechten

- 16.1. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber bereits mit Zuschlag zu diesem Vertrag, spätestens jedoch mit Entstehung der Rechte das dauerhafte, zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche, übertragbare und unterlizenzierbare, unkündbare, unwiderrufliche und inhaltlich unbeschränkte Nutzungs- und Verwertungsrecht an allen Arbeitsergebnissen ein. Dieses Nutzungs- und Verwertungsrecht erstreckt sich auf alle Nutzungsarten und umfasst unter anderem das Recht, die Arbeitsergebnisse zu vervielfältigen, zu verbreiten, vorzuführen, über Fernleitungen oder drahtlos zu übertragen, öffentlich zugänglich zu machen sowie auf jede sonstige bekannte oder unbekannte Nutzungsart zu verwerten. Dies schließt auch das Recht des Auftraggebers ein, ohne weitere Zustimmung des Auftragnehmers sämtliche aufgrund dieses Vertrages entstehenden Arbeitsergebnisse nach eigenem Ermessen zu bearbeiten oder in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Bearbeitungen und Fassungen in der gleichen Weise wie die ursprünglichen Arbeitsergebnisse zu verwerten.
- 16.2. Der Auftraggeber kann darüber hinaus jederzeit ohne Angabe von Gründen die unverzügliche Herausgabe der jeweils bereits entstandenen Arbeitsergebnisse verlangen.
- 16.3. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Rechteeinräumung gemäß den vorstehenden Ziffern ausreichend für die Erfüllung der vertraglich vorgesehenen Zwecke ist und gewährleistet daher, dass die Arbeitsergebnisse für die in diesem Vertrag vorgesehenen Zwecke jetzt und zukünftig eingesetzt werden können und die Nutzung nicht beeinträchtigt wird.
- 16.4. Unbeschadet von § 20 dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verschuldensunabhängig verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aufgrund von Schutzrechtsverletzungen auf erstes Anfordern freizustellen.
- 16.5. Unbeschadet von § 16.1 dieses Vertrages und sonstiger Ansprüche des Auftraggebers wird der Auftragnehmer im Falle bestehender Drittansprüche auf eigene Kosten für den Auftraggeber ein Nutzungsrecht von dem berechtigten Dritten erwirken. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben von diesem Paragraphen unberührt.
- 16.6. Der Auftragnehmer (bzw. dessen Mitarbeiter) verzichtet auf das Recht der Anerkennung als Urheber gemäß § 13 UrhG. Der Auftraggeber nimmt diesen Verzicht an.

§ 17 Ausführungszeiten, Vertragsstrafe

- 17.1. Wenn der Auftragnehmer die ihm nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) obliegenden Dienstleistungen nicht vertragsgemäß, insbesondere fehlerhaft erbringt, ist er verpflichtet, die Dienstleistung ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist erneut vertragsgemäß zu erbringen, wenn die konkrete Dienstleistung nachholbar ist.
- 17.2. Ist die Dienstleistung verspätet und nicht nachholbar oder schlägt die Nachholung fehl oder erfolgt nicht vertragsgemäß, hat der Auftraggeber das Recht, die Vergütung um einen der Minderleistung entsprechenden Abzug zu mindern.
- 17.3. Bei Überschreitung von Fixterminen hat der Auftraggeber zudem das Recht, von dem Vertrag zurückzutreten.
- 17.4. Konkrete Vereinbarungen über die Leistungszeiten, Fristen für Ausführung und sonstige Termine sind in dem vom Auftragnehmer gemäß Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) zu erstellenden

Wartungsplan enthalten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und dem Wartungsplan vereinbarten Wartungsintervalle, sowie sonstigen Termine und Fristen einzuhalten.

- 17.5. Alle zwischen den Parteien vereinbarten Ausführungsfristen, sonstigen Termine, Fristen und Zeiten sind verbindlich. Das bedeutet, dass der Auftragnehmer bei schuldhafter Nichteinhaltung der vereinbarten Termine und Fristen ohne Mahnung in Verzug kommt, § 286 Abs. 2 BGB.
- 17.6. Sollte der Auftragnehmer die im jährlichen Wartungsplan festgelegten monatsgenauen Termine nicht einhalten, ist der Auftraggeber berechtigt, nach angemessener Nachfristsetzung die Wartungen und Prüfungen selbst vorzunehmen und im Fall einer schuldhaften Verletzung vertraglicher Pflichten des Auftragnehmers Erstattung aller dem Auftraggeber durch die Selbstvornahme kausal verursachten Kosten zu verlangen. Die Kosten für die Selbstvornahme werden mit einer folgenden der monatlichen Abschlagszahlungen verrechnet.
- 17.7. Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werden kann, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Textform mitzuteilen. Eine Verschiebung der vereinbarten Termine ist damit nicht verbunden. Teilleistungen werden nur nach ausdrücklicher Vereinbarung akzeptiert.
- 17.8.
- 17.9. Im Falle der Überschreitung vereinbarter Termine zur Erbringung von Leistungen ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der jährlichen Gesamtvergütung pro vollendete Woche der Terminüberschreitung zu verlangen, maximal jedoch 5 % der jährlichen Gesamtvergütung. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer die Terminüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- 17.10. Im Falle der Abweichung von den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Reaktionszeiten oder Verfügbarkeiten ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % der jährlichen Gesamtvergütung pro vollendete Woche der Abweichung zu verlangen, maximal jedoch 5 % der jährlichen Gesamtvergütung. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer die jeweilige Abweichung nicht zu vertreten hat.
- 17.11. Die Vertragsstrafe kann bis zum Ende der Zahlungsfrist nach § 13.1. geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte wegen Verzuges nicht aus. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird insofern allerdings angerechnet. Bereits entstandene Vertragsstrafen entfallen nicht durch Vereinbarung neuer Termine.
- 17.12. Weitergehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 18 Versicherungen

- 18.1. Der Auftragnehmer wird während der Laufzeit dieses Vertrages und bis zum Ablauf von 2 (zwei) Jahren nach Ende des Vertrages durchgehend einen ausreichenden Versicherungsschutz für die mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken, der auch die Haftung des Auftragnehmers für reine Vermögensschäden, abdeckt, mit folgenden Mindest-Deckungssummen je Schadensfall unterhalten:
- a) für Sach- und Personenschäden 10 (zehn) Millionen EUR
 - b) für Vermögensschäden 2,5 (zwei, fünf) Millionen EUR

jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr.

- 18.2. Erbringt der Auftragnehmer den Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes auf Anfrage des Auftraggebers nicht oder erfüllt der jeweilige Versicherungsvertrag nicht die Anforderungen an den Versicherungsschutz gemäß vorstehendem Absatz 1, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt; § 31 (Laufzeit und Kündigung) dieses Vertrages gilt entsprechend.

§ 19 Haftung

- 19.1. Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die er im Rahmen der Durchführung dieses Vertrags dem Auftraggeber schuldhaft verursacht nach den gesetzlichen Regelungen, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.
- 19.2. Der Auftraggeber haftet im Falle von Arglist, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Schäden, die durch leichte Fahrlässigkeit entstanden sind, werden nur ersetzt, wenn es sich dabei um die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) handelt. Kardinalpflichten sind die wesentlichen Pflichten, die die Grundlage des Vertrages bilden, die entscheidend für den Abschluss des Vertrages waren und auf deren Erfüllung der Auftragnehmer vertrauen musste. In Fällen einer leicht fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Pflicht ist die Haftung des Auftraggebers der Höhe nach beschränkt auf den Auftragswert. Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Schäden des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 19.3. Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- 19.4. Die Haftung für einen eventuellen Datenverlust oder -beschädigung ist auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung erforderlich gewesen wäre, um die Daten aus dem gesicherten Datenmaterial wiederherzustellen.
- 19.5. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zu Gunsten von evtl. eingebundenen gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und des Auftragnehmers.

§ 20 Freistellung

- 20.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Leistung oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien, aus schuldhaften Vertragsverstößen sowie aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Haftungsobergrenzen aus § 19 dieses Vertrages finden keine Anwendung.
- 20.2. Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

§ 21 Gewährleistung

- 21.1. Der Auftraggeber stehen die gesetzlichen Gewährleistungsrechte zu, soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist.
- 21.2. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Leistungen den Vorgaben dieses Vertrages, insbesondere der Leistungsbeschreibung in **Anlage 1**, sowie den anwendbaren Normen und Qualitätsstandards entsprechen und nicht mit Mängeln behaftet sind. Die Mängelhaftungsfrist beträgt 24 (vierundzwanzig) Monate ab vollständiger Erbringung der Leistungen durch den Auftragnehmer. Soweit eine Abnahme nach diesem Vertrag vereinbart wurde, beginnt die Mängelhaftungsfrist mit dem erfolgreichen Abschluss der Abnahmeprüfung, ansonsten mit der Vollendung der Leistungen.
- 21.3. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Leistungen (einschließlich gelieferter Dokumente und Informationen) frei von Rechten Dritter sind.
- 21.4. Sollten Dritte aufgrund von Rechtsmängeln Ansprüche gegen den Auftraggeber geltend machen, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von geltend gemachten Drittansprüchen auf erste Anforderung frei. Darüber hinaus wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber sämtliche Schäden, sowie die angemessenen Kosten und Aufwendungen ersetzen, die ihr im Zusammenhang mit derartigen Drittansprüchen entstehen. Der Auftragnehmer erhält vor einer Inanspruchnahme nach diesem Absatz die Gelegenheit, die Verletzung der Drittrechte zu beseitigen.
- 21.5. Im Falle der Abweichung von den in **Anlage 1** genannten Reaktionszeiten oder Verfügbarkeiten ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % der jährlichen Gesamtvergütung pro vollendete Woche der Abweichung zu verlangen, maximal jedoch 5 % der jährlichen Gesamtvergütung. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer die jeweilige Abweichung nicht zu vertreten hat. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche nicht aus. Bereits entstandene Vertragsstrafen entfallen nicht durch Vereinbarung neuer Termine.

§ 22 Höhere Gewalt

- 22.1. Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Erfüllungsort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Auftragnehmer unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Auftragnehmers betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von dreißig (30) Tagen erklären oder die Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen, ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.
- 22.2. Der Auftragnehmer hat bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den vertraglichen Leistungen weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit

vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

§ 23 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

- 23.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich von etwaigen behördlichen Beanstandungen und/oder dem Erlass von Verfügungen, Entscheidungen oder anderen hoheitlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen zu unterrichten.
- 23.2. Der Auftragnehmer hat alle erforderlichen Sach-, Arbeits- und Hilfsmittel zur Erbringung seiner Leistung (z.B. Werkzeug, Messgeräte, Höhenzugangshilfen, Leitern) zur Verfügung zu stellen.
- 23.3. Sämtliche vom Auftragnehmer eingesetzten Materialien müssen den jeweils aktuellen erforderlichen Qualitäten und Vorschriften (Herstellervorgaben etc.) und den Vorgaben dieses Vertrages entsprechen.
- 23.4. Der Auftragnehmer wird für die Erbringung seiner Leistungen ausschließlich geeignete und einsatzbereite Maschinen, Geräte, Werkzeuge, Messgeräte, Betrieb- und Hilfsstoffe verwenden, die er ständig kontrolliert und deren Qualität er jederzeit nachweisen kann. Der Auftragnehmer hat geeignete Maßnahmen gegen Diebstahl/Verlust seiner Arbeitsmittel/Gerätschaften zu treffen, z.B. Gerätekennzeichnung. Der Auftraggeber übernimmt keine Schutzmaßnahmen und keine Schutzverpflichtung für die Geräte und Arbeitsmittel des Auftragnehmers.
- 23.5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Einsatzorte nach Durchführung seiner Leistungen besenrein zu hinterlassen, soweit bei den Tätigkeiten Verschmutzungen entstehen. Die zur Durchführung aller Leistungen erforderliche Nebenarbeiten und die Zugänglichkeit (z.B. das Öffnen und Schließen von Zwischendecken, Doppelböden, Revisionsklappen) sowie das uneingeschränkte Überwinden von Höhenunterschieden mittels Arbeits- und Wartungsbühnen sind eigenverantwortlich, fachgerecht und den Vorschriften entsprechend zu realisieren.
- 23.6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine gemäß den gültigen Vorschriften entsprechende Arbeitsschutzorganisation aufzubauen, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit (FaSi) sowie entsprechende Sicherheitsbeauftragte zu benennen und diese entsprechend zu qualifizieren und entsprechend weiterzubilden. Weiterhin hat er für seine Arbeitsplätze eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen und zu dokumentieren und darauf aufbauend sein Personal wiederkehrend entsprechend zu belehren/zu schulen. Die Nachweise und Dokumentation hierzu sind dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen bzw. mit dem FaSi-Verantwortlichen des Auftraggebers abzustimmen.
- 23.7. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet seinen Mitarbeitern ein mobiles Telefon ohne Fotofunktion bereit zu stellen.

§ 24 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz

- 24.1. Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 3**).
- 24.2. Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("DSGVO") und das Bundesdatenschutzgesetz.

- 24.3. Der Auftragnehmer hat die bei der Durchführung von Datenverarbeitungen nach der Leistungsbeschreibung und nach diesem Vertrag beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut gemacht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Verantwortungsbereich.
- 24.4. Für den Fall, dass der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten verarbeitet, werden die Parteien eine gesonderte Datenverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Abschnitt 28 der DSGVO abschließen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages sein wird. Etwaige Haftungsbegrenzungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag finden auf diese AVV keine Anwendung. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich - und vor Beginn einer solchen Verarbeitung - über jede notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung informieren.

§ 25 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen

- 25.1. Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 4.1** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.
- 25.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 4.2** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.
- 25.3. Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.
- 25.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.
- 25.5. Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht.
- 25.6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Personal einzusetzen, welches keine Eintragungen im aktuellen polizeilichen Führungszeugnis (Belegart N, nicht älter als drei Monate) aufweist. Darüber ist dem Auftraggeber auf Verlangen eine Bestätigung vorzulegen. Während des laufenden Vertragsverhältnisses ist das eingesetzte Personal verpflichtet, dem Auftragnehmer jährlich unaufgefordert ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen.

Werden während des bestehenden Vertragsverhältnisses Eintragungen in den Führungszeugnissen des eingesetzten Personals bekannt, so informiert der Auftragnehmer unverzüglich den Auftraggeber. Dieser entscheidet dann im Einzelfall, ob der Einsatz des betreffenden Personals weiterhin zulässig ist.

§ 26 Künstliche Intelligenz

- 26.1. „Künstliche Intelligenz“ („KI“) im Sinne dieses Vertrages bezeichnet Software-Systeme und darauf basierende Anwendungen, die mit Methoden des maschinellen Lernens oder vergleichbaren Verfahren aus Daten eigenständig Ergebnisse wie Inhalte, Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen.
- 26.2. Der Auftragnehmer darf KI zur Erbringung der Leistungen nur einsetzen, wenn der Auftraggeber dem Einsatz zuvor in Textform zugestimmt hat und der Auftragnehmer den Auftraggeber vorab über Art, Weise und Umfang des KI-Einsatzes informiert hat.
- 26.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, beim Einsatz von KI geltende vertragliche und gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Verordnung (EU) 2024/1689 (KI-Verordnung), Urheber- und Persönlichkeitsrechte, Datenschutz sowie anwendbare Nutzungs- und Lizenzbedingungen der verwendeten KI einzuhalten.
- 26.4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Nutzung von KI keine vertraulichen Informationen, personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers in die jeweilige KI einzugeben oder hochzuladen.
- 26.5. Der Auftragnehmer darf KI nur als unterstützendes Hilfsmittel einsetzen und bleibt für die Arbeitsergebnisse voll verantwortlich. KI-gestützte Inhalte sind vor ihrer Verwendung fachlich zu prüfen, nachzubearbeiten und transparent zu kennzeichnen.
- 26.6. Der Auftragnehmer dokumentiert den Einsatz von KI in angemessenem Umfang. Aus der Dokumentation muss ersichtlich sein, welche technologischen Hilfsmittel er verwendet hat und in welchem Umfang dies geschehen ist. Der Auftragnehmer stellt die Dokumentation dem Auftraggeber auf Verlangen zur Verfügung.
- 26.7. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er bei Einsatz von KI die nach diesem Vertrag geschuldeten Nutzungsrechte wirksam einräumen kann und keine Rechte Dritter verletzt. Er stellt den Auftraggeber von berechtigten Ansprüchen Dritter frei.
- 26.8. Unbeschadet des Einsatzes von KI gelten für die Rechteeinräumung und -übertragung die Regelungen gemäß § 16.

§ 27 Exportkontrolle, Zoll und Sanktionen

27.1. Verpflichtung zur Einhaltung von Rechtsvorschriften Import und Export

Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Ausführung der unter diesem Vertrag und den jeweiligen Einzelverträgen geschuldeten Tätigkeiten alle anwendbaren Rechtsvorschriften zu beachten. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, bei der Erfüllung der ihm obliegenden (Leistungs-) Pflichten die geltenden Exportkontrollbestimmungen und Sanktionsregelungen der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sowie, falls im Einzelfall anwendbar, auch der Vereinigten Staaten von Amerika und der VR China oder anderer Jurisdiktionen

einzuhalten, ausgenommen solche Bestimmungen und Regelungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt, dass ihm selbst sämtliche für die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen. Zur Einholung solcher ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse ist der Auftragnehmer verpflichtet.

Der Auftragnehmer erklärt zudem, dass die von ihm gemäß diesem Vertrag zu liefernden Gütern und/oder Technologien und deren Vorprodukte und Bestandteile keinen Ursprung in den nachfolgend aufgeführten Ländern und Gebieten haben, sich zu keinem Zeitpunkt dort befunden haben oder befinden werden und nicht von dort ausgeführt wurden oder werden. Bei den betroffenen Ländern handelt es sich um: Russische Föderation, Republik Belarus, Demokratische Volksrepublik Korea, Islamische Republik Iran, Libyen, Arabische Republik Syrien. Bei den betroffenen Gebieten handelt es sich um: Krim, Sewastopol, die nicht von der Regierung kontrollierten ukrainischen Gebiete in den Regionen Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja.

Auf Verlangen der Bundesdruckerei hat der Auftragnehmer über die Einhaltung der in diesem § 27.1 enthaltenen Zusicherungen und Verpflichtungen geeigneten Nachweis zu erbringen.

27.2. Ausschluss Mitwirkender

Der Auftragnehmer erklärt, dass weder er selbst noch einer seiner Gesellschafter oder eine Person oder Körperschaft, deren Teilhaber er ist, verbundene Unternehmen oder in die Leistungserbringung involvierte Personen, Organisationen oder Einrichtungen („involvierte Personen“), auf einer Sanktionsliste der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen geführt wird. Diese Versicherung gilt auch im Hinblick auf involvierte Personen, die auf den Sanktionslisten anderer Länder geführt sind, ausgenommen solche Listungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt ferner, dass er nicht im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im Eigentum oder unter der Kontrolle einer oder mehrerer nach § 27.2 S.1 und § 27.2 S.2 gelisteten natürlichen oder juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften steht.

Sollte eine der involvierten Personen während der Geltungsdauer des Vertrags in einer der benannten Sanktionslisten aufgenommen oder durch eine nach § 27.2 S. 1 und § 27.2 S. 2 gelistete Person das Eigentum an oder die Kontrolle über den Auftragnehmer erlangt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Bundesdruckerei hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

27.3. Verbot unzulässiger Boykottserklärungen

Der Auftraggeber lehnt alle Bedingungen des Auftragnehmers ab, durch die sich der Auftraggeber an einem Boykott, der über die geltenden gesetzlichen EU- und UN-Embargobestimmungen hinausgeht, beteiligen oder wenn er hierauf gerichtete Erklärungen abgeben würde.

27.4. **Zollabwicklung Lieferwaren sind verkörperte Gegenstände**

Die Lieferwaren sind DAP (geliefert benannter Ort) (Incoterms® 2020) an den in dem Auftrag angegebenen, in der BR Deutschland gelegenen und zum Zollgebiet der EU gehörenden Ort zu liefern.

Ist in dem Auftrag kein Ort angegeben, erfolgt die Lieferung an: Bundesdruckerei, Alte Jakobstr. 109, 10969 Berlin. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung.

Der in der Union ansässige Auftragnehmer ist verpflichtet, Unionswaren im Sinne des Art. 5 Nr. 23 UZK zu liefern. Der nicht in der Union ansässige Auftragnehmer ist verpflichtet, die Nichtunionswaren im Sinne des Art. 5 Nr. 24 UZK unter Beifügung der Handelsrechnung sowie den Frachtunterlagen spätestens im Zeitpunkt der Versendung der Waren per E-Mail an customs@bdr.de zu avisieren. Soweit zutreffend muss die warenbegleitende Rechnung außerdem den entsprechend aufgeteilten Wert der von dem Auftraggeber unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preis beigestellten in den Lieferwaren enthaltenen Materialien bzw. den Wert der unentgeltlich oder zu einem ermäßigten Preis zur Herstellung der Lieferwaren beigestellten Werkzeuge aufführen.

Die Vertretung des Auftraggebers in zollrechtlichen Angelegenheiten durch den Auftragnehmer selbst oder einen beauftragten Dritten ist ausgeschlossen.

- 27.5. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.
- 27.6. Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.

§ 28 Compliance

- 28.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß **Anlage 2** zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.
- 28.2. Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 2**) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.
- 28.3. Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

§ 29 Unzulässige Handlungen

- 29.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 29.2. Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktritts- bzw. Kündigungsrechts nach diesem Paragraphen wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.
- 29.3. Tritt der Auftraggeber nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann er die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Der Auftraggeber kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
- 29.4. Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

§ 30 Einhaltung des Mindestlohngesetzes

- 30.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.
- 30.2. Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.
- 30.3. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.
- 30.4. Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.
- 30.5. Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist

der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.

Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.

- 30.6. Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten. Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.
- 30.7. Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.

§ 31 Laufzeit und Kündigung

- 31.1. Der Vertragszeitraum beginnt am 01.12.2026 und hat eine Grundlaufzeit von 2 (zwei) Jahren („**Grundlaufzeit**“). Die Vertragslaufzeit verlängert sich nach der Grundlaufzeit automatisch um 1(ein) weitere(s) Jahr(e) („**Vertragsverlängerung**“), sofern der Auftraggeber der Vertragsverlängerung nicht mit einer Frist von 3 (drei) Monaten zum Ende der jeweiligen Laufzeit widerspricht. Eine Verlängerung der Vertragslaufzeit erfolgt höchstens 4 (vier) Mal, das heißt, eine Vertragsverlängerung über eine Gesamtlaufzeit von 6 (sechs) Jahren hinaus erfolgt nicht.
- 31.2. Der Auftraggeber ist berechtigt diesen Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem (1) Monat zum Monatsende ordentlich zu kündigen. Im Fall der ordentlichen Kündigung hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung der bis zum Wirksamwerden der Kündigung tatsächlich erbrachten (und vertragsgemäß abgenommenen) Leistungen. Weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers wegen der ordentlichen Kündigung bestehen nicht.
- 31.3. Das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn
- 31.3.1. der Auftragnehmer den Verhaltenskodex gemäß **Anlage 2** und/oder die Vertraulichkeitsvereinbarung gemäß **Anlage 3** und/oder die Pflichten gemäß § 30 dieses Vertrages, und/oder die Verpflichtungen aus Ziffer 27 (Exportkontrolle und Zoll), und/oder die Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers unter diesem Vertrag verletzt hat und – sofern die Verletzung heilbar ist – die Verletzung nicht innerhalb von 2 (zwei) Wochen nach Zugang einer entsprechenden Rüge des Auftraggebers in Textform geheilt hat;
 - 31.3.2. der Auftragnehmer wesentliche Pflichten unter diesem Vertrag trotz Rüge des Auftraggebers in Textform fortgesetzt oder wiederholt verletzt hat; einer Rüge bedarf es nicht, wenn dem Auftragnehmer die Erfüllung der Pflicht unmöglich ist oder er diese ernsthaft verweigert;

- 31.3.3. eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Auftragnehmers eintritt oder eintreten droht und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber gefährdet ist; in den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
 - 31.3.4. eine wesentliche Änderung der unmittelbaren oder mittelbaren Kapital- oder Stimmrechtsverhältnisse am Auftragnehmer eintritt oder ein Dritter die unmittelbare oder mittelbare Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit am Auftragnehmer oder in sonstiger Weise die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den Auftragnehmer erwirbt ("**Kontrolländerung**"), es sei denn, es liegen die Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsänderung gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) GWB vor. Eine Kontrolländerung liegt insbesondere vor, wenn ein Dritter (jeweils erstmals) direkt oder indirekt mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Auftragnehmers kontrolliert oder in den Organen des Auftragnehmers vertreten ist oder ein Organmitglied kontrolliert oder auf andere Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen kann. In den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
 - 31.3.5. der Auftragnehmer nicht binnen 1 (eines) Monats ab der Geltendmachung von Verletzungen der Rechte Dritter vertragskonforme Leistung anbieten kann bzw. die geschuldeten Nutzungsrechte beschaffen kann;
 - 31.3.6. der Auftragnehmer wissentlich falsche Angaben im Rahmen des Vergabeverfahrens gemacht hat;
 - 31.3.7. während der Laufzeit des Vertrages die technische Leistungsfähigkeit nicht mehr vorliegt oder entfällt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform zu informieren;
 - 31.3.8. der Auftraggeber nachträgliche Kenntnis von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen des Auftragnehmers im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält;
 - 31.3.9. der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtungen nach § 28 Abs. 2 verstößt;
 - 31.3.10. der Auftragnehmer dem Personenkreis unterfällt, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist; oder
 - 31.3.11. der Auftragnehmer den Verstoß gegen den Verhaltenskodex durch den Geschäftspartner oder durch seine unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgestellt hat oder wenn der Verstoß sehr schwerwiegend ist oder wenn es zu wiederholten schweren Verstößen (insbesondere zur Begehung von Straftaten) kommt und keine mildernden Mittel zum Abstellen des Verstoßes zur Verfügung stehen;
- 31.4. Die Kündigung dieses Vertrages bedarf der Textform.
- 31.5. Bei Vertragsbeendigung hat der Auftragnehmer sämtliche Unterlagen, Daten, Datenträger und Informationen, die ihm bei Vertragsbeginn oder während der Vertragslaufzeit überlassen worden oder entstanden sind, oder die sich bei Vertragsbeginn bereits im Besitz des Auftragnehmers befanden, einschließlich der bei Durchführung des Vertrags von Dritten erhaltenen Unterlagen sowie die Arbeitsergebnisse an den Auftraggeber herauszugeben oder auf Verlangen des Auftraggebers zu vernichten.

§ 32 Schlussbestimmungen

- 32.1. Die Benennung des Auftraggebers als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.
- 32.2. Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht.
- 32.3. Ohne Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S.2 HGB bleibt hiervon unberührt.
- 32.4. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.
- 32.5. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG). Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.
- 32.6. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Leistungsbeschreibung
Anlage 2	Verhaltenskodex für Geschäftspartner
Anlage 3	Vertraulichkeitsvereinbarung
Anlage 4	Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers
Anlage 4.1	Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister
Anlage 4.2	Sicherheitsvereinbarung
Anlage 5	Angebotsschreiben des Auftragnehmers
Anlage 6	Preisblatt
Anlage 7	Bieterinformation

[Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.]